



DGB BILDUNGSWERK

FORUM

Informationen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ethnischer Minderheiten **Feb. 2001**

MIGRATION

Nr. 17

EU-OSTERWEITERUNG

Gewerkschaftlicher Grenzverkehr

Die Weichen dafür, dass die EU-Osterweiterung nun auch praktisch angegangen werden könne – so der Tenor nach dem EU-Gipfel im Dezember in Nizza –, seien nun gestellt. Eine solche Sicht ist sicher nicht falsch. Allerdings nutzen die Weichen allein wenig, wenn die Schienen nicht benutzt werden. Und da spielen – um im Bild zu bleiben – nicht nur die TGVs oder ICEs eine Rolle. Mindestens ebenso wichtig ist der Regionalexpress. Einen solchen Regionalverkehr, und zwar grenzüberschreitend, haben die Gewerkschaften Nahrung –

Genuss – Gaststätten (NGG) und Solidarnosc im deutsch-polnischen Grenzgebiet organisiert.

Begonnen hatte es 1998 als im Rahmen der Arbeit des Interregionalen Gewerkschaftsrats Viadrina von Seiten der NGG Kontakte zu Betrieben der Nahrungsgüterindustrie geknüpft wurden. Ein Ergebnis: Betriebsräte des Putenschlachtbetriebs im polnischen Swiebodzin und der Eberswalder Fleischwarenfabrik besuchten sich gegenseitig und informierten sich über ihre Arbeit.

Ein Jahr später – im Juli 1999 – fand in Frankfurt/Oder eine gemeinsame Fachtagung der NGG und Solidarnosc zum Thema Tarifstrukturen und Tarifpolitik in der grenznahen Nahrungsmittelindustrie statt. Voraussetzung für eine solche Diskussion ist natürlich Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen. Da musste gegenseitig viel informiert werden. Deshalb war es naheliegend, im September 2000 eine Folgeveranstaltung durchzuführen. Da das immer am Beispiel der beiden Unternehmen geschah, gab es 2000 praktischen Anschauungsunterricht, da es in Eberswalde zu einer scharfen Tarifaufeinandersetzung gekommen war.

Anschauungsunterricht ist auch derzeit wieder möglich. Die Eberswalder Fleischwarenfabrik hat Mitte November einen Insolvenzantrag gestellt. Der brandenburgische Wirtschaftsminister bemüht sich um die Gründung einer Auffanggesellschaft.

Bei den Treffen ging es nicht immer nur um gewerkschaftliche und betriebliche Politik. Im Mai 2000 fand ein gemeinsames Sportfest im polnischen Lucien statt. Aber auch hier blieb die Politik nicht außen vor. Solidarnosc-Präsident Marian Krzaklewski sprach sich in einem Gespräch für eine Ausweitung der gemeinsamen Aktivitäten aus. Der Zug ist also in Bewegung. So gesehen war es höchste Zeit, dass in Nizza die Weichen gestellt wurden.

Zitiert

Wir müssen noch mehr als bisher aufeinander zugehen. Ich nenne zwei kleine Beispiele: Ich habe vor einigen Tagen den Unterricht an einer Hauptschule in München besucht. Eine Klasse bestand komplett aus Schülern nicht-deutscher Herkunft. Alle sprachen gut deutsch. Das spricht für die Jugendlichen und ihre Bereitschaft, heimisch zu werden, das spricht aber auch für das Engagement der deutschen Lehrer. Dann war ich vor kurzem in einer Grundschule im Berliner Wedding. Dort lernten Mütter aus der Türkei und dem Libanon deutsch – in derselben Schule, in die ihre Kinder gehen. Manche der Mütter leben schon mehr als zwanzig Jahre in Deutschland, ohne deutsch zu sprechen. Jetzt haben sie den richtigen Schritt gemacht. Das ist möglich, weil es engagierte Kursleiterinnen gibt – und weil die nötigen Mittel und Räume zur Verfügung stehen. Ich wünsche mir überall in Deutschland ähnliches Engagement – von beiden Seiten.

(Bundespräsident Johannes Rau in seiner Weihnachtsansprache)

Inhalt

SEITE 2

- **Sozialanalyse:** Junge Aussiedlerinnen
- **Altenpflege:** Sensibilisierung für kulturelle Unterschiede
- **Weiterbildung:** Jungenarbeit

SEITE 3

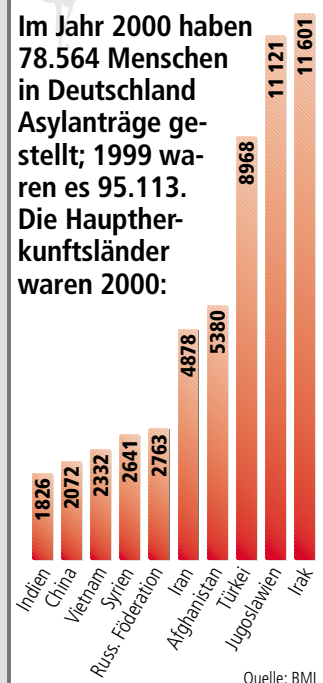
- **Ausländerbeauftragte:** Eckpunkte zur Integration
- **Staatsangehörigkeitsrecht:** Diskussion im Netz
- **Migrationspolitische Handreichungen:** Runderneuert

SEITE 4

- Deutsch als Zweitsprache
Sanem Kleff, Vorsitzende des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW
- „Fit durch Ausbildung“:
Pflichtlektüre

Zahlenwerk

Im Jahr 2000 haben **78.564 Menschen** in Deutschland Asylanträge gestellt; 1999 waren es 95.113. Die **Hauptherkunftsländer** waren 2000:



Junge AussiedlerInnen

Eine ausführliche Darstellung der „38. Sozialanalyse der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit zur Situation junger AussiedlerInnen“ ist in der September-Ausgabe 2000 der Zeitschrift „Jugend – Beruf – Gesellschaft“ erschienen. Die vorgestellte Studie bezieht sich auf das Jahr 1999.

1999 sind 105.000 AussiedlerInnen nach Deutschland gekommen, fast ausschließlich – nämlich zu 98,8 Prozent – aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. 34,6 von ihnen sind jünger als 20 Jahre.

In ihrer rechtlichen Situation – so die Autorin des Beitrags, Brigitte Mies-van Engelhoven – „sind sie mit der Anerkennung als SpätaussiedlerInnen in einer vergleichsweise günstigen Situation“. Einen Nachteil haben sie dadurch,

dass oftmals Zeugnisse über Berufsbildung nicht anerkannt werden. Eine andere Schwierigkeit: Viele jugendliche AussiedlerInnen leben in materiell engen Verhältnissen. Das bedeutet eine Einschränkung bei Konsum und bei der Freizeitgestaltung. Was die persönliche Handlungskompetenz angeht, gilt gerade für Jugendliche, dass Deutschkenntnisse kaum vorhanden sind.

An dieser Stelle setzt ein wichtiger Teil der Förderung an, bei schulpflichtigen Jugendlichen mit Förderklassen und außerschulischer Nachhilfe, bei nicht mehr Schulpflichtigen mit Intensivkursen. Die Notwendigkeit dessen zeigt sich auch in der Bildungsbeteiligung junger AussiedlerInnen. Von ihnen besuchen nur 8,2 Prozent das Gymnasium. (Von den einheimischen deutschen Jugendlichen sind es 26,6 Prozent.)

ALTENPFLEGE

Sensibilisierung für kulturelle Unterschiede

Ende November 2000 trafen sich 50 Fachleute aus den Bereichen Altenpflege und Migration in Berlin, um über das Thema kultursensible Altenpflege zu diskutieren. Gastgeber war das Büro der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung. Eingeladen hatte der Arbeitskreis „Charta für eine kultursensible Altenpflege – ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung“.

Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten stellt eine wachsende „Kundengruppe“ der Altenpflege. Die Pflegerinnen und Pfleger müssen darauf vorbereitet werden, dass es zum Beispiel kulturell geprägt unter-

schiedliche Vorstellungen von Krankheit und Alter gibt. Die Tagung diente der Vorbereitung einer Charta, die den Betroffenen eine Orientierung für eine interkulturelle Öffnung in der Altenpflege an die Hand geben, aber auch das Thema einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen soll. Veröffentlicht wird die Charta im Sommer 2001.

Informationen: Arbeitskreis „Charta für eine kultursensible Altenpflege – ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung“.

c/o Andreas Foitzik, Hinterweilerstr. 51
72810 Gomaringen, E-Mail anfoitzig@aol.com

WEITERBILDUNG

Jungenarbeit

Eine berufsbegleitende Weiterbildung zum Thema „Jungenarbeit im multikulturellen Kontext“ bietet die Paritätische Akademie an. Da es eine wachsende Nachfrage geschlechtsspezifischer Arbeit mit Jungen gibt, sollen Beschäftigte aus sozialen Berufen für diese Aufgaben geschult werden. Ziele einer Jungenarbeit im multikulturellen Kontext sind neben der Identitätsentwicklung unter anderem eine Ermunterung zur Befreiung aus zugeschriebenen

Rollenstereotypen und eine Unterstützung bei der Entwicklung eines Selbstwertgefühls, das auf die Entwertung anderer verzichten kann. So verstanden ist Jungenarbeit auch ein Mittel in der Gewaltprävention.

Die Weiterbildung findet in drei Blöcken statt: 7. bis 11. Mai 2001, 3. bis 7. September 2001 und 11. bis 15. März 2002. Anmeldeschluss ist der 21. März 2001. Eine Fachtagung zu dem Thema findet im September statt.

Paritätische Akademie, Heinrich-Hoffmann-Str. 3,
60528 Frankfurt/Main, E-Mail: akademie@paritaet.org
Informationen bei Jens-G. Engel-Kemmler
Tel.: 069 / 76 06-280, Fax: 069 / 76 06-233
E-Mail: jens.engel-kemmler@paritaet.org

Dies nur **einige Fakten** aus dem informativen Beitrag mit zahlreichen Querverweisen in die Literatur. Jugend – Beruf – Gesellschaft: Arbeitsdruck Beratungs- und Betreuungsarbeit für junge AussiedlerInnen, 38. Sozialanalyse. BAG Jugendsozialarbeit Kennedyallee 105-107, 53175 Bonn Fax: 0228 / 9 59 68-30 E-Mail: bagjaw@jugendsozialarbeit.de

Notiert

Hilfe für Aussiedler

Im September 2000 erschien die jüngste Ausgabe der Reihe „Informationen“ des ZMO-Bundesverbandes – Zentralverband Deutscher und Osteuropäer. ZMO steht für Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Darin wird eine ganze Reihe von Informationen für Aussiedler geboten. Das reicht von der Beschaffung von Urkunden bis zur Regelung bei der Änderung russischer Namen.

So wichtig solche praktischen Hilfen bei Dingen des Alltags sind – ZMO hat auch darüber hinaus gehende Ziele. Die Organisation wurde 1971 als Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher gegründet und wollte entsprechend der Ostpolitik Willy Brandts die Aussöhnung und das Zusammenleben mit den Völkern Osteuropas fördern. Dieses Ziel hat auch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus Bestand. ZMO betreut Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa, möchte jenen Deutschstämmigen, die in ihrer derzeitigen Heimat bleiben wollen, helfen, dies zu schaffen und pflegt einen kulturellen Austausch mit Ost- und Südosteuropa.

Informationen bei:
ZMO Bundesverband
Luxemburger Str. 342
50354 Hürth

AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE

Eckpunkte zur Integration

„Integration in einer pluralistischen Gesellschaft bedeutet nicht die Anpassung oder Aufgabe von religiösen Überzeugungen oder von kulturellen Identitäten. Die aufnehmende Gesellschaft erwartet aber zu Recht, dass Zuwanderer – und das ist Teil eines republikanischen Selbstverständnisses – die Werteordnung des Grundgesetzes anerkennen und die deutsche Rechtsordnung akzeptieren.“ Von diesem inhaltlichen Ansatz ausgehend hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Eckpunkte für ein Integrationsgesetz vorgeschlagen.

Im Mittelpunkt der Vorschläge steht ein Integrationsvertrag mit allen Zuwanderern. In diesem Rahmen erhalten Zuwanderer den Anspruch auf eine individuelle Eingangsberatung und auf Sprach- und Integrationskurse. Für die Teilnahme an diesen Kursen erhalten sie „Willkommen Integrationsschecks für Neuzuwanderer“ (WIN). Dieses Scheckheft enthält Gutscheine für die verschiedenen Module der

Kurse und eröffnet den Zuwanderern die Möglichkeit, das Lernen flexibel zu gestalten, zum Beispiel als Teilzeit oder Vollzeit.

Damit die Möglichkeiten auch wahrgenommen werden, sollen nach Ansicht der Bundesbeauftragten Anreize geschaffen werden. Zum Beispiel können die Fristen für die aufenthaltsrechtliche Verfestigung verkürzt werden, wenn Zuwanderer eine erfolgreiche Teilnahme an den Kursen nachweisen. Gleiche Erleichterungen können für den Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt werden.

Die Kosten für die Integration werden auf ein Minimum von 2.066 Mark pro Kopf veranschlagt. Bei einer geschätzten Zuwanderung von 300.000 im Jahr ergibt sich ein Gesamtbedarf von 620 Millionen Mark. „Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben“, so die Ausländerbeauftragte, „die Kosten nicht erfolgter Integration sind jedoch sicherlich höher zu veranschlagen.“

Das Papier „Eckpunkte für ein Integrationsgesetz“ ist **im Internet** abrufbar unter:
www.bundesauslaenderbeauftragte.de
 oder kann **bestellt werden bei:**
 Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen
 Postfach 14 02 80
 53107 Bonn
 Fax: 0 18 88 / 5 27 - 27 60

STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

Diskussion im Netz

Seit Ende 2000 ist Musstar im Netz – das erste, bundesweite Internetdiskussionsforum zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht. Die bisherige Diskussion macht deutlich: Das neue

Staatsangehörigkeitsrecht (StAR) ist nicht bloß ein neues Gesetz, sondern rührt auch an Emotionen. Eine typische Frage: „Ist mein ‘Zugehörigkeitsgefühl’ von einem Stück Papier mit amtlichem Siegel abhängig?“

Wer seine Erfahrungen oder seine Meinung in die Diskussion einbringen möchte, kann dies tun unter: <http://www.musstar.de>

MIGRATIONSPOLITISCHE HANDREICHUNGEN

Runderneuert

Fünf Broschüren aus der Reihe Migrationspolitische Handreichungen sind überarbeitet worden und jetzt in zweiter Auflage mit neuem Layout erschienen. Themen sind aufenthaltsrechtliche, arbeitsrechtliche und andere juristische Fragen, jeweils bezogen auf unterschiedliche Gruppen von Migrantinnen und Migranten. Im Einzelnen sind das folgende Broschüren:

■ **Arbeiten in Deutschland für EU-Staatsangehörige** (Informationen für EU-Staatsangehörige)

■ **Arbeiten in Deutschland für Nicht-EU-Staatsangehörige** (Informationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Fami-

lien aus Nicht-EU-Staaten, die durch Kooperations- und Assoziationsabkommen mit der EU verbunden sind)

■ **Arbeiten in Deutschland für Asylsuchende und Flüchtlinge** (Informationen für Asylsuchende und Flüchtlinge)

■ **Rentner und Rentnerinnen – Pendler in der Europäischen Union** (Informationen für EU-Staatsangehörige)

■ **Rentner und Rentnerinnen aus Nicht-EU-Staaten – Pendler zwischen Welten** (Informationen für Ruheständler aus Drittstaaten)

Die Migrationspolitischen Handreichungen können **bestellt werden bei:**
 toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262,
 40682 Erkrath, Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
 E-Mail: reisener@toennes-gruppe.de

Seminare

„Wer hindert mich daran, klüger zu werden?“

Das ist eines der immer wieder zitierten Bonmots Konrad Adenauers, dessen 125.

Geburtstag unlängst gefeiert wurde. Man muss dem ersten Bundeskanzler nicht bei allem zustimmen, was er gesagt hat.

Aber: Wo er recht hat, hat er recht. Deshalb zum „klüger werden“ Seminare im März und April:

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht – Bilanz und Perspektiven. 4. bis 9. März, DGB-Bildungszentrum Niederpöcking. Einwanderungspolitik – Perspektiven im 21. Jahrhundert. 1. bis 6. April, DGB-Bildungszentrum Hamburg-Sasel.

Das neue Anti-Diskriminierungsrecht der EU (Art. 13) – Umsetzung und Handlungsmöglichkeiten in Deutschland. 18. bis 23. März, Bildungsstätte der ÖTV Berlin.

Anmeldungen bei:
 DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung
 Hans-Böckler-Str. 39
 40476 Düsseldorf
 Fax: 0211/4301-134

Das Bildungsprogramm 2001 kann **bestellt werden bei:**
 toennes satz + druck gmbh,
 Postfach 3262, 40682 Erkrath
 Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
 E-Mail:
reisener@toennes-gruppe.de

Pflichtlektüre

Im Dezember 2000 ist die vierte Ausgabe von „fit durch ausbildung“ ein „Berufswahlmagazin“ für Jugendliche ausländischer Herkunft erschienen. Herausgeber ist die Bundesanstalt für Arbeit. Hier gibt es keine von oben herab verkündete Wegweisungen, sondern locker und interessant aufbereitete Informationen.

Es werden unter verschiedenen Rubriken vor allem neuere Berufe vorgestellt und junge Leute, die darin arbeiten. Und wenn unter der Überschrift „Schon mal was davon gehört?“ der Beruf Mechatroniker/ Mechatronikerin auftaucht, dann kringelt nicht nur das Rechtsschreibprogramm kräftig rot, sondern der Rezensent liest nach und hat was gelernt.

In dem Magazin geht es immer wieder um Menschen. Da wird der deutsch-türkische Autor Feridun Zaimoglu („Kanak Attak“) porträtiert oder Giuseppe Catizone, Sohn italienischer Eltern, der als Jungprofi beim VfB Stuttgart kickt, nicht teuer eingekauft, sondern schon als Jugendlicher vom SV Fellbach abgeworben. Und es werden ganz normale junge Leute mit ihren Wünschen und Zielen vorgestellt.

Dazu Informationen etwa über das Leonardo-Programm der EU, mit dem Auslandsaufenthalte für Azubis organisiert werden, die Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen, die Kulturhauptstädte Europas und so weiter. Und wer mehr wissen will: Zu allen Themen werden reichlich Internetadressen genannt.

Für die Zielgruppe Jugendliche ausländischer Herkunft, aber auch für Lehrer oder Sozialarbeiter ist das Magazin so etwas wie Pflichtlektüre. Wer nicht zu diesen Gruppen gehört, kann aber auch eine Menge lernen.

„fit durch ausbildung“ gibt es bei der Berufsberatung im Arbeitsamt oder **kann bestellt werden bei:**
Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit
Zentrale Beschaffungsstelle
Geschäftsstelle für Veröffentlichungen
Postfach, 90327 Nürnberg, Fax: 0911 / 179-11 47

Impressum

Herausgeber: DGB-Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf Tel: 0211/4301-141 (-351)
Erscheinungsweise monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt und **Koordination:** Leo Monz **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.

Kommentar

DEUTSCH ALS ZWEITSPRACHE

Sanem Kleff,
Vorsitzende des
Bundesaus-
schusses für
multikulturelle
Angelegenheiten
der GEW



An Deutschlands Schulen werden rund eine Millionen Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft beschult. Meistens sind es Enkel der vor mehreren Jahrzehnten angeworbenen „Gastarbeiter“, die in Deutschland geboren wurden. Trotzdem sprechen sie in der Regel nicht ausreichend Deutsch und schaffen deshalb viel zu selten den Sprung aufs Gymnasium und an die Hochschulen. Auf der Suche nach den Ursachen wird viel spekuliert. Häufig werden als Gründe ein mangelnder Bildungswille und ein z.B. türkischsprachiges Lebensumfeld, das wenig Anreize bietet Deutsch zu sprechen, genannt. Viele der Lösungsvorschläge gehen von der Grundannahme aus, dass alles ganz anders wäre, wenn MigrantInnen nicht so viel Zeit mit ihresgleichen verbringen würden. Konsequenterweise wird

vorgeschlagen, Quoten für Kinder nichtdeutscher Erstsprache in den Schulen einzuführen oder die Wohn-

gebiete der MigrantInnen zu entzerren. Die Praxis zeigt allerdings, dass ein geringer Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunft in einer Klasse nicht automatisch dazu führt, dass alle ausreichend Deutsch lernen. Ausschlaggebend ist nicht die Anzahl der MigrantInnen, sondern die Qualität des Bildungsangebotes. Notwendig sind günstige Rahmenbedingungen, wie kleinere Lerngruppen, die eine intensive Förderung der nonverbalen Kompetenzen des einzelnen ermöglichen. Vor allem müssen die ErzieherInnen und LehrerInnen wissen, wie sie Deutsch als Zweitsprache vermitteln können, damit die Schülerinnen dem deutschsprachigen Regelunterricht erfolgreich folgen können. Allerdings wird auch mehr als fünfzig Jahre nach Beginn der Einwanderung die Vermittlung von Deutsch als

Zweitsprache nicht in die Lehrerbildung einbezogen. Im Schulalltag können die KollegInnen dann schauen, wie sie mit dem Problem fertig werden. Die Ergebnisse für die Schülerinnen sind noch fataler: Fast dreißig Prozent erreichen nie einen Schulabschluss und mit einem einfachen Hauptschulabschluss kommen sie an keine attraktiven Jobs. Wenn wir nicht wollen, dass MigrantInnen mehrere Generationen lang zum Verbleib in den untersten sozialen Schichten verdammt werden sollen, muss eine bundesweite Bildungs offensive für Kinder nichtdeutscher Erstsprache gestartet werden. Dazu wird Geld gebraucht: z.B. für die Umstellung der ErzieherInnen- und LehrerInnenausbildung, für mehr Lehrmaterialien. Die Gesellschaft spart im Gegenzug viel Geld, das sonst für die Folgen von sozialen Spannungen und zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit notwendig wäre, sie nutzt das Potential ihrer Bevölkerung optimaler aus und gewinnt so am Ende. Auch Geld.